

365258-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Planungsleistungen Wohnungsneubau Wendstraße - Freianlagen

OJ S 119/2024 20/06/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Heiligenhafen Wohnen GmbH & Co. KG

E-Mail: j.gabriel@hvbkg.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrolliertes öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Planungsleistungen Wohnungsneubau Wendstraße - Freianlagen

Beschreibung: Die Heiligenhafen Wohnen GmbH & Co KG beabsichtigt auf dem Grundstück Wendstraße 14a in 23774 Heiligenhafen den Neubau einer Wohnanlage mit 33 Wohneinheiten zu errichten. Gegenstand des im vorliegenden Verfahren zu vergebenden Auftrags sind Planungsleistungen für das beschriebene Vorhaben, und zwar für die Objektplanung Freianlagen, Leistungsphasen 1 bis 9 der Anlage 11.1. zur HOAI. Vorgesehen ist eine stufenweise Beauftragung.

Kennung des Verfahrens: b1000000-c0de-4000-a000-00d454672384

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Heiligenhafen

Postleitzahl: 23774

Land, Gliederung (NUTS): Ostholstein (DEF08)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 36 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Das Vergabeverfahren wird als offenes Verfahren gemäß § 119 Abs. 2 und 3 GWB, § 15 VgV geführt. Durch die öffentliche Bereitstellung der Vergabeunterlagen auf der e-Vergabe-Plattform wird eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen öffentlich zur Abgabe von Angeboten aufgefordert. Wie für ein offenes

Verfahren charakteristisch, sind innerhalb der gesetzten Angebotsfrist (siehe unten) unmittelbar Angebote abzugeben (d. h., es findet kein vorgeschalteter Teilnahmewettbewerb mit Bewerbungen/Teilnahmeanträgen statt). Die geforderten Angaben und Belege zur Eignung sind mit dem Angebot einzureichen. Mit den Vergabeunterlagen stellt die Auftraggeberin auch Formulare für die Eignungsprüfung bzw. für die Prüfung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen bereit, deren Verwendung verbindlich ist, soweit keine nachgewiesene Zertifizierung oder eine EEE vorgelegt wird. Verhandlungen sind gemäß § 15 Abs. 5 S. 2 VgV in dieser Verfahrensart unzulässig. Auch ist eine Angebotspräsentation nicht vorgesehen. Vorbehalten bleiben lediglich erforderliche Aufklärungen gemäß § 15 Abs. 5 S. 1 VgV. Die Angebote werden geprüft und im Falle der Wertbarkeit nach den Zuschlagskriterien ausgewertet. Auf dieser Grundlage wird über den Zuschlag entschieden. Für den Fall der Auftragserteilung an eine Bietergemeinschaft verlangt die Auftraggeberin gemäß § 43 Abs. 2 S. 3 VgV, dass die Bietergemeinschaft eine Rechtsform mit gesamtschuldnerischer Haftung annimmt.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingender Ausschlussgrund gem. § 123 GWB (Eigenerklärung PL2, Einzelheiten sind den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen, Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V. Ziff. 7., zu entnehmen)

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingender Ausschlussgrund gem. § 123 GWB (Eigenerklärung PL2, Einzelheiten sind den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen, Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V. Ziff. 7., zu entnehmen)

Betrugsbekämpfung: Zwingender Ausschlussgrund gem. § 123 GWB (Eigenerklärung PL2, Einzelheiten sind den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen, Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V. Ziff. 7., zu entnehmen)

Korruption: Zwingender Ausschlussgrund gem. § 123 GWB (Eigenerklärung PL2, Einzelheiten sind den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen, Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V. Ziff. 7., zu entnehmen)

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingender Ausschlussgrund gem. § 123 GWB (Eigenerklärung PL2, Einzelheiten sind den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen, Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V. Ziff. 7., zu entnehmen)

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingender Ausschlussgrund gem. § 123 GWB (Eigenerklärung PL2, Einzelheiten sind den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen, Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V. Ziff. 7., zu entnehmen)

Entrichtung von Steuern: Zwingender Ausschlussgrund gem. § 123 GWB (Eigenerklärung PL3, Einzelheiten sind den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen, Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V. Ziff. 7., zu entnehmen)

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingender Ausschlussgrund gem. § 123 GWB (Eigenerklärung PL3, Einzelheiten sind den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen, Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V. Ziff. 7., zu entnehmen)

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 GWB (Eigenerklärung PL4.1, Einzelheiten sind den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen, Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V. Ziff. 7., zu entnehmen)

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 GWB (Eigenerklärung PL4.1, Einzelheiten sind den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen, Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V. Ziff. 7., zu entnehmen)

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 GWB (Eigenerklärung PL4.1, Einzelheiten sind den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen, Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V. Ziff. 7., zu entnehmen)

Zahlungsunfähigkeit: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 GWB (Eigenerklärung PL5, Einzelheiten sind den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen, Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V. Ziff. 7., zu entnehmen)

Konkurs: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 GWB (Eigenerklärung PL5, Einzelheiten sind den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen, Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V. Ziff. 7., zu entnehmen)

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 GWB (Eigenerklärung PL6, Einzelheiten sind den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen, Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V. Ziff. 7., zu entnehmen)

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 GWB (Eigenerklärung PL7, Einzelheiten sind den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen, Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V. Ziff. 7., zu entnehmen)

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 GWB (Eigenerklärung PL5, Einzelheiten sind den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen, Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V. Ziff. 7., zu entnehmen)

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 2 GWB (Eigenerklärung PL 4.2 und 4.3, Einzelheiten sind den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen, Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V. Ziff. 7., zu entnehmen)

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Nicht losweise Vergabe
Beschreibung: Nicht losweise Vergabe
Interne Kennung: Nicht losweise Vergabe

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: s. Ziff. 5.1.4

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Heiligenhafen, Holstein
Postleitzahl: 23774
Land, Gliederung (NUTS): Ostholstein (DEF08)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: Der Auftrag wird unter dem Vorbehalt der stufenweisen Beauftragung vergeben. Die Aufteilung erfolgt in 2 Stufen. Die fest beauftragte Auftragsstufe 1 umfasst die Leistungen der LPH 1 - 4 von der Grundlagenermittlung, der

Vorplanung, der Entwurfsplanung bis einschließlich der Genehmigungsplanung. Die Auftragsstufe 2 umfasst die stufenweise (optionale) Beauftragung der weiteren Leistungsphasen der LPH 5 - 9 von der Ausführungsplanung, der Vorbereitung der Vergabe, der Mitwirkung bei der Vergabe, der Objektüberwachung und Dokumentation bis einschließlich der Objektbetreuung. Einzelheiten ergeben sich aus dem auf der e-Vergabepattform öffentlich bereitgestellten Entwurf des Vertragstextes. Zudem gelten die dort geregelten Leistungsänderungsvorbehalte.

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 36 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: PL1: Unternehmensprofil/-organisation

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung. Einzelheiten sind in den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen (Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V.7), geregelt und zu beachten!

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: PL8: Kein Bezug zu Russland i. S. d. EU-Sanktionsrechts

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung. Einzelheiten sind in den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen (Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V.7), geregelt und zu beachten!

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: EK-V Haftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung WL1: Haftpflichtversicherungsdeckung Mindestanforderung zu EK-V: Deckung i. H. v. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. EUR für Sachschäden und mind. 0,3 Mio. EUR für Vermögensschäden, pro Versicherungsfall, muss bestehen oder mind. für Auftragsfall verbindlich durch Versicherer (nicht bloß Makler) zugesagt sein. Einzelheiten sind in den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen (Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V.7), geregelt und zu beachten!

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: EK-VI Hinreichende Größenordnung Gesamtumsätze

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung WL2: Gesamtumsatz (jährlich, für letzte 3 Geschäftsjahre) EK-VI jedenfalls erfüllt bei Gesamtumsätzen in den letzten 3 Jahren, die im jährlichen Mittel so hoch sind wie der geschätzte Auftragswert, aber keine fixe Grenze, Einzelfallbetrachtung entscheidet. Einzelheiten sind in den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen (Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V.7), geregelt und zu beachten!

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: EK-VII Berufliche Erfahrung/Referenzen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: TL1: Referenzliste mit vergleichbaren Dienstleistungen (max. 5 Jahre). Vergleichbar sind Planungsleistungen der Objektplanung Freianlagen (Landschaftsgärtnerei) im Zusammenhang mit Wohnungsbau, die zumindest die Leistungen der Entwurfsplanung (Leistungsphase 3 im Sinne von § 39 HOAI), Ausführungsplanung (Leistungsphase 5 im Sinne von § 39 HOAI) und der Objektüberwachung (Leistungsphase 8 gemäß § 39 HOAI) umfassen. Einzelheiten sind in den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen (Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V.7), geregelt und zu beachten!

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: EK-VIII Personalstärke

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung TL3: Angaben der Zahl der Beschäftigten und Führungskräfte (Jahresdurchschnitt, je für 3 Jahre). Einzelheiten sind in den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen (Dokument Teilnahmebedingungen, Abschnitt V.7), geregelt und zu beachten!

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://bi-medien.de/ausschreibungsdienste/ausschreibungen/D454672384>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://bi-medien.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 22/07/2024 23:59:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 91 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der zulässige Umfang von Nachforderungen richtet sich nach § 56 VgV und unterliegt in diesem Rahmen dem Ermessen der Auftraggeberin.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Informationen über die Überprüfungsfristen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Das Vergabeverfahren unterliegt den Vorschriften über das Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer und dem Vergabesenat (§§ 155 ff. GWB).

Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein etwaiger Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat, wobei der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB unberührt bleibt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3)

Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Diese

Rügeobliegenheiten gelten nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB (unzulässige Vergabe ohne vorherige Bekanntmachung des Verfahrens im Amtsblatt der EU). Der Auftraggeber ist zur Absendung einer Bieterinformation spätestens 10 Tage vor Zuschlagserteilung verpflichtet (§ 134 GWB).

Nach Zuschlagserteilung (Vertragsschluss) ist ein Nachprüfungsantrag nicht mehr zulässig. Ausgenommen hiervon sind Anträge auf Feststellung einer Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 GWB, also wegen Verletzung der vorgenannten Pflicht zur Bieterinformation und Einhaltung der Wartefrist gem. § 134 GWB oder wegen unzulässiger Vergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der EU. Solche Anträge auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages sind nach § 135 Abs. 2 GWB nur innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags zulässig, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der

Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung dieser Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Heiligenhafen Wohnen GmbH & Co. KG

Organisation, die Angebote bearbeitet: Heiligenhafen Wohnen GmbH & Co. KG

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Heiligenhafen Wohnen GmbH & Co. KG

Registrierungsnummer: t:0436250340

Abteilung: Geschäftsführung, c/o Heiligenhafener Verkehrsbetriebe GmbH & Co KG

Postanschrift: Am Jachthafen 4a

Stadt: Heiligenhafen, Holstein

Postleitzahl: 23774

Land, Gliederung (NUTS): Ostholstein (DEF08)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Joachim Gabriel

E-Mail: j.gabriel@hvbkg.de

Telefon: +49 (4362) 50340

Internetadresse: <https://www.heiligenhafen-wohnen.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Registrierungsnummer: t:04319884542

Postanschrift: Düsternbrooker Weg 94

Stadt: Kiel

Postleitzahl: 24105

Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de

Telefon: +49 431 988-4542

Fax: +49 431 988-4702

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 30999c98-0403-4176-9e13-b74d84c5e90d - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 19/06/2024 14:16:51 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 365258-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 119/2024

Datum der Veröffentlichung: 20/06/2024